

KLIENTEN-INFO

EIN SERVICE FÜR KLIENTEN UND INTERESSENTEN



ARBEITEN IN DER PENSION WIRD STEUERLICH VORTEILHAFT

Längeres Arbeiten – während bzw. anstelle des Ruhestands – **soll** angesichts des demografischen Wandels der Gesellschaft und damit verbundener Probleme durch diverse Maßnahmen **attraktiver werden**. Umgesetzt werden soll dies durch finanzielle Anreize für erfahrene Arbeitskräfte unter dem Titel „**Arbeiten im Alter**“. Ursprüngliche Pläne wie etwa eine 25 % Flat-Tax sind damit vom Tisch.

Wichtigster Baustein dabei ist der „**Aktivitätsfreibetrag**“ in Form eines **steuerlichen Freibetrags von 15.000 € pro Jahr** (1.250 € pro Monat – dies ist insbesondere relevant bei einer unterjährigen Inanspruchnahme), der unter bestimmten Voraussetzungen für neben oder anstelle der Pension bezogene aktive Erwerbseinkünfte geltend

gemacht werden kann. Vorausgesetzt wird klarerweise das **Erreichen des gesetzlichen Regelpensionsalters**, das Vorliegen eines Anspruchs auf eine Alterspension bzw. eines gleichartigen Pensionsanspruchs bei **selbständig Erwerbstätigen**. Bei sogenannten „**Zuverdienern**“, das sind Steuerpflichtige, die bereits ihre Pension angetreten haben und daneben aktiv erwerbstätig bleiben, muss bei Pensionsantritt eine **Mindestanzahl an Versicherungsmonaten** erreicht worden sein, nämlich **480 Versicherungsmonate bei Männern** und **408 Versicherungsmonate bei Frauen** (mit jährlicher Erhöhung bis 2033, sodass ab dann die gleichen Voraussetzungen wie für Männer gelten). Unter die **begünstigten Einkünfte** fallen **betriebliche** und **nichtselbständige Einkünfte**.

INHALT Juni 2026

- » Arbeiten in der Pension wird steuerlich vorteilhaft
- » Das Paketsteuergesetz 2026 – neue Besteuerung der Logistik im E-Commerce
- » Highlights des Budgetmaßnahmengesetzes 2026
- » Vorsteuervergütung für Drittlandsunternehmer
- » Fahrtkosten zum Zahnarzt sind auch als außergewöhnliche Belastung absetzbar

ARBEITEN IN DER PENSION WIRD STEUERLICH VORTEILHAFT (Fortsetzung von Seite 1)

Zeitlich betrachtet soll der Aktivitätsfreibetrag mit **1.1.2027** in Kraft treten und auf ab diesem Zeitpunkt erzielte Einkünfte angewendet werden.

Eine **weitere Begünstigung** von „Arbeiten im Alter“ besteht darin, dass für **Zuverdiener** und für „**Aufschieber**“ (Personen, die nicht schon mit der Erreichung des Regelpensionsalters in Pension gehen) der **Dienstnehmeranteil** zur **Pensionsversi-**

cherung wegfallen soll. Hingegen **bleibt der Dienstgeberanteil** bestehen. Vergleichbares gilt für Selbständige, die nach dem GSVG, BSVG oder FSVG versichert sind. Bei ihnen soll der **Beitragssatz** im selben Verhältnis wie der Dienstnehmeranteil zum gesamten Beitragssatz **reduziert** werden.

Schließlich sollen auch durch Abschaffung früherer Bestimmungen (z.B. besonderer

Höherversicherungsbeitrag für erwerbstätige Pensionsbezieher) freigewordene Mittel zweckgebunden in einen **Arbeitsmarkt-Transformationsfonds** fließen und insbesondere der **Arbeitsmarktförderung für ältere Dienstnehmer** dienen. Überdies sind Beratungs- und Unterstützungsangebote für Branchen mit einer geringen Beschäftigungsquote von 60- bis 64-Jährigen angedacht.

DAS PAKETSTEUERGESETZ 2026 – NEUE BESTEUERUNG DER LOGISTIK IM E-COMMERCE

Mit dem **Paketsteuergesetz** wird in Österreich erstmals eine eigenständige Steuer auf die Zustellung von Paketen eingeführt. Der Gesetzgeber versucht damit auf das anhaltend starke **Wachstum des Onlinehandels** zu reagieren und verfolgt neben fiskalischen Zielen insbesondere ökologische und standortpolitische Lenkungseffekte. Der Paketsteuer unterliegt **ab 1. Oktober 2026** (Auslöser ist die **Annahme der Zahlung**) die **Zustellung von Paketen im Inland**, sofern diese im Rahmen von Versandhandelsumsätzen erfolgt. Maßgeblich ist, dass der Verkauf der Waren unter Einsatz von Fernkommunikationsmitteln (z.B. Internet) zustande kommt und der Unternehmer die Beförderung veranlasst. **Nicht erfasst** sind demgegenüber klassische stationäre Kaufvorgänge mit nachgelagerter Lieferung (Nachversand von **im Geschäft gekauften Produkten**) oder **Abholmodelle** („Click-and Collect“). Diese Abgrenzung verdeutlicht die klare Fokussierung auf den digitalen Vertriebskanal.

Grundsätzlich ist der **Versandhändler steuerpflichtig**, allerdings **nur**, sofern seine **Versandhandelsumsätze im Inland** im vorangegangenen Wirtschaftsjahr **100 Mio. € überschritten** haben. Diese hohe Schwelle führt dazu, dass die Steuer primär große Marktteilnehmer treffen soll. Zusätzlich wird durch die Übernahme der aus der Umsatzsteuer bekannten **Plattformfiktion** erreicht, dass auch **Betreiber von Onlineplattformen** als fiktive Versandhändler gelten können und damit

in die Steuerpflicht einbezogen werden. Durch die Plattformfiktion können auch **Anbieter, die unter der 100-Mio.-€-Grenze** liegen, von der **Paketsteuer betroffen** sein.

Die Steuer beträgt grundsätzlich **2 € pro Paket**, alternativ kann sie auch **pauschal pro Bestellung** erhoben werden. Da die Paketsteuer je Paket/Bestellung eingehoben wird, führt dies zu einer **relativ betrachtet** stärkeren Belastung bei niedrigpreisigen Produkten und setzt zugleich Anreize zur **Bündelung von Bestellungen**. Eine Besonderheit liegt im **Zeitpunkt der Steuerentstehung**: Diese knüpft bereits an die **Annahme der Zahlung** an und nicht an die tatsächliche Zustellung des Pakets. Dadurch ergeben sich nicht nur Abweichungen zur logistischen Realität, sondern auch potenzielle Cashflow-Effekte. Besonders praxisrelevant ist zudem, dass eine **nachträgliche Entlastung** bei **Retouren ausgeschlossen** ist, sofern die Zustellung bereits erfolgt ist. Das heißt, auch wenn Waren zurückgesendet werden und die Lieferung nicht stattfindet, fällt Paketsteuer an.

Für die Anwendung der Steuer ist maßgeblich, ob ein **Versandhandelsumsatz** im Sinne des Art. 3 BMR vorliegt, was insbesondere **Lieferungen an Nichtunternehmer** oder diesen gleichgestellte Abnehmer voraussetzt. Dazu zählen neben **Privatpersonen** auch Unternehmer, die nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt sind wie **Kleinunternehmer** oder auch pauschalierte Landwirte sowie bestimmte juristische Personen. Diese Differenzierung führt in



© Arcady - Adobe Stock

der Praxis zu erhöhtem Prüfungsaufwand und birgt ein erhebliches Fehlerrisiko, insbesondere bei Mischkunden oder unzureichend dokumentierten Kundendaten.

Verfahrensrechtlich soll die Paketsteuer als **Selbstbemessungsabgabe** ausgestaltet sein, die **quartalsweise zu melden** und zu **bezahlen** ist. Ergänzend bestehen umfangreiche **Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten**, welche eine enge Verzahnung von Steuerfunktion, IT und Logistik erfordern. Die Paketsteuer ist aufgrund der Umsatzschwelle derzeit nur für einen eingeschränkten Kreis von Unternehmen relevant. Unternehmen unterhalb dieser Schwelle unterliegen aktuell keiner Steuerpflicht, es sei denn, sie verkaufen Waren über eine Plattform. Gleichwohl handelt es sich um ein dynamisches Regelwerk, dessen Bedeutung mit wachsendem Onlineanteil oder geänderter Umsatzstruktur rasch zunehmen kann. Für die steuerliche Praxis ergeben sich daraus neue Abgrenzungsfragen sowie erhöhte Anforderungen an Datenqualität und Systemintegration, die bereits jetzt mitbedacht werden sollten. Die **finale Gesetzwerdung** bleibt **abzuwarten**.

HIGHLIGHTS DES BUDGETMASSNAHMENGESETZES 2026

Das **Budgetmaßnahmengesetz 2026** – aktuell in Form der **Regierungsvorlage** – sieht einige Neuerungen (oftmals Verschärfungen), insbesondere bei der **Mitarbeiterprämie**, vor. Ausgewählte Aspekte werden nachfolgend überblicksmäßig dargestellt.

STEUERFREIE MITARBEITERPRÄMIE FÜR 2026

Die **steuerfreie Mitarbeiterprämie** (sie unterliegt jedoch den übrigen Lohnabgaben und -beiträgen) wird auch für das Jahr 2026 verlängert, allerdings ist sie auf den Höchstbetrag von **500 € beschränkt** (im Jahr 2025 waren es 1.000 €) und nur für Zulagen und Bonuszahlungen im Zeitraum **Juli bis Dezember 2026** anwendbar. Auszahlungen im **1. Halbjahr 2026** sind explizit **nicht begünstigt**. Die Steuerfreiheit der Mitarbeiterprämie ist an das Vorliegen einer „**lohngestaltenden Vorschrift**“ geknüpft – hierbei handelt es sich um einen **Kollektivvertrag** sowie grundsätzlich auch um eine Betriebsvereinbarung wie unter gewissen Voraussetzungen um eine vertragliche Vereinbarung, die für alle Arbeitnehmer vorliegt. Werden 2026 **sowohl eine Mitarbeiterprämie** als auch eine **Gewinnbeteiligung** gewährt, sind **insgesamt 3.000 € steuerfrei** zu behandeln. Wie bisher muss die Mitarbeiterprämie eine Zahlung sein, die üblicherweise nicht gewährt wurde. Folglich darf es sich dabei **nicht** um eine Zahlung aufgrund von Leistungsvereinbarungen, regelmäßig wiederkehrenden Bonuszahlungen oder außerordentlichen Gehaltserhöhungen handeln.

PREISAUSZEICHNUNGSGESETZ

Durch das Budgetmaßnahmengesetz 2026 sollen die **Strafen bei Verstößen gegen die Preisauszeichnung** erhöht und ein dreistufiges System eingeführt werden. Unter dem Motto „**Beraten statt Strafen**“ wird bei Verstößen in einem ersten Schritt ein **Verbesserungsauftrag** erteilt. Wird diesem Auftrag nicht innerhalb einer angemessenen Frist nachgekommen, folgt eine **Geldstrafe** für eine Verwaltungsübertretung von **bis zu 2.500 € pro Produkt**



© Irene Külinchik - Adobe Stock

(maximal 10.000 €). Im **Wiederholungsfall** ist eine Strafe von **3.750 € pro Produkt** (Maximum 15.000 €) vorgesehen. Das Prinzip „**Beraten statt Strafen**“ kann danach erst wieder angewendet werden, wenn 12 Monate abgelaufen sind.

NACHSCHÄRFUNGEN BEI DER WEGZUGBESTEUERUNG

Im Rahmen der Anwendung des **Nichtfestsetzungskonzepts** bei der **Wegzugbesteuerung** ist angedacht, dass der Steuerpflichtige (bzw. sein Rechtsnachfolger) der Abgabenbehörde jährlich **nachweisen** muss, dass hinsichtlich der nicht festgesetzten Abgabenschuld noch **keine Veräußerung** des **Wirtschaftsguts** oder Derivats erfolgt ist. Vorgesehen ist dabei der Nachweis bis zum 31.12.2026 für alle nach dem 31.12.2005 nicht festgesetzte Abgabenschulden, sofern der ursprünglichen Nichtfestsetzung zugrunde liegende Betrag **100.000 € übersteigt**.

Die **jährliche Nachweispflicht** für künftige Nichtfestsetzungen ist vorgesehen, wenn die anlässlich des Wegzugs bzw. der unentgeltlichen Übertragung der Wirtschaftsgüter, Derivate und Kryptowährungen ermittelten **Einkünfte** in einem **Veranlagungsjahr** insgesamt **mehr als 100.000 €** betragen. Die Verletzung dieser Nachweispflicht führt zu einer **zwingenden Festsetzung** der **Steuerschuld** für dieses Jahr. Sowohl der einmalige Nachweis für frühere Zeiträume als auch

der wiederkehrende Nachweis können schriftlich oder über **FinanzOnline** („sonstiges Anbringen“) übermittelt werden und umfassen typischerweise Depotauszüge, Firmenbuchauszüge oder vergleichbare Bestätigungen.

VORSTEUERVERGÜTUNG FÜR DRITTLANDSUNTERNEHMER

Mit **30.6.2026** endet die Frist für die Rückvergütung von in **Drittländern** (z.B. Schweiz, Türkei) entrichteten **Vorsteuerbeträgen**. Österreichische Unternehmen, die davon betroffen sind, sollten daher **rechtzeitig** einen entsprechenden **Antrag** stellen. Nicht zu verwechseln ist der Termin mit der **Frist für die Vorsteuervergütung innerhalb der EU**, welche erst am **30. September 2026** endet. Anträge für dieses Vergütungsverfahren müssen elektronisch via **FinanzOnline** eingebracht werden.

Der **30.6.2026** als Frist gilt auch für **ausländische Unternehmer** mit Sitz **außerhalb** der EU. Diese können **bis** dahin einen Antrag auf **Rückerstattung** der **österreichischen Vorsteuern** für das Jahr **2025** stellen. Die Frist ist nicht verlängerbar! Zuständig für die Anträge ist das **Finanzamt Dienststelle Graz** (Antragstellung mit dem **Formular U5** und bei erstmaliger Antrag-

Fortsetzung auf Seite 4

VORSTEUERVERGÜTUNG FÜR DRITTLANDSUNTERNEHMER (Fortsetzung von Seite 3)

stellung Fragebogen Verf 18). **Belege** über die entrichtete Einfuhrumsatzsteuer und sämtliche Rechnungen sind dem Antrag **im Original** beizulegen.

Für manche Drittländer gelten jedoch **Sonderregelungen** – so etwa für **Großbritannien**, auch wenn das United Kingdom seit dem Brexit ein Drittland ist. Die Sonderregelungen sind auf nationale britische Regelungen zurückzuführen und sehen vor, dass der **Vergütungszeitraum** vom **Kalenderjahr abweicht** und sich nach dem sogenannten „**prescribed year**“ richtet. Das **prescribed year** dauert **vom 1. Juli eines Jahres bis zum 30. Juni des Folgejahres** und der **Antrag auf Vorsteuerrückerstattung** auf Basis eines solchen **prescribed**

year muss **innerhalb von 6 Monaten nach Ende des Zeitraums eingebracht** werden. Folglich müssen für die Erstattung der Vorsteuerbeträge aus dem Zeitraum **1.7.2025 bis 30.6.2026 die Vergütungsanträge** erst bis **spätestens 31.12.2026 eingebracht** werden.

Vorsteuervergütungsanträge in Großbritannien sind samt Beilage des **britischen Vergütungsformulars „VAT 65A“** (in Papierform), einer **gültigen Unternehmerbescheinigung** und den entsprechenden Rechnungen und Importbelegen **im Original** auf dem **Postweg** zu übermitteln. Eine **elektronische Übermittlung** über das SDES Claim System ist alternativ möglich. Voraussetzung ist, dass die Vorsteuerbe-



© Superingo - Dollarphotoclub

träge bei einem Beantragungszeitraum von weniger als zwölf Monaten (der jedoch mindestens drei Monate umfassen muss) den **Mindestbetrag von 130 GBP** bzw. bei einem Zeitraum von vollen zwölf Monaten den Mindestbetrag von 16 GBP überschreiten müssen.

FAHRTKOSTEN ZUM ZAHNARZT SIND AUCH ALS AUSSERGEWÖHNLICHE BELASTUNG ABSETZBAR

Kosten für eine **Zahnarztbehandlung** können als **außergewöhnliche Belastung** steuerlich geltend gemacht werden, sofern die **Belastung außergewöhnlich** ist, **zwangsläufig** erwächst und die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** des Steuerpflichtigen **wesentlich beeinträchtigt**. Das **BFG** hatte sich (GZ RV/2100366/2023 vom 22.1.2026) mit der Frage auseinandergesetzt, ob auch die **Fahrtkosten für Zahnarztbesuche** in **Ungarn** als außergewöhnliche Belastung steuerlich abgesetzt werden können.

Konkret sollten für mehrere Zahnarztbehandlungen in Ungarn nahe der österreichischen Grenze die damit zusammenhängenden Kosten wie auch die Fahrtkosten (in Höhe des amtlichen Kilometergelds) steuerlich abgesetzt werden. Das **Finanzamt verneinte** die Anerkennung der Fahrtkosten mit dem Hinweis, dass zahnärztliche Eingriffe grundsätzlich nahe des **Wohnsitzes** durch dortige Ärzte durchführbar seien (also in **Österreich**) und folglich die **Fahrtkosten** dorthin **wesentlich geringer** ausfallen würden. Der allgemeinen Lebenserfahrung entsprechend würden Fahrten zu derart weit entfernten Zahnärzten nämlich nicht aus-



© Jonas - Adobe Stock

schließlich aus medizinischen Gründen erfolgen, weshalb sie nicht zwangsläufig seien und daher **keine** außergewöhnliche Belastung vorliege.

Das **BFG** setzte sich in seiner Entscheidung insbesondere mit den **Gesamtkosten der Zahnarztbehandlungen** in Ungarn auseinander und stellte dabei fest, dass die **Aufwendungen insgesamt** (Zahnarztbehandlung und Fahrtkosten) **wesentlich geringer** ausfielen als die Kosten für eine vergleichbare **Behandlung in Österreich** (inklusive dann geringerer Fahrtkosten). Außerdem sind im Einklang mit älterer VwGH-Judikatur die Fahrtkosten als zwangsläufig anzusehen, da auch die Arztkosten zwangsläufig angefallen sind (die Zahnarztkosten wurden bereits vom Finanzamt als außergewöhnliche Belastung anerkannt).

Im Endeffekt orientierte sich das **BFG** an der bestehenden VwGH-Judikatur und betonte, dass es **nicht sachgerecht** sein könne, die Fahrtkosten steuerlich nicht anzuerkennen (mit dem Hinweis auf Freiwilligkeit), wenn sich der Steuerpflichtige zur **Reduktion der Gesamtkosten** entschieden hat, indem eine weiter entfernte Behandlung in Anspruch genommen wurde. Daher sind die **Fahrtkosten zwangsläufig** erwachsen und **steuerlich abzugsfähig** (als außergewöhnliche Belastung mit Selbstbehalt), da nur durch das in Kauf nehmen einer weiteren Fahrtstrecke die Gesamtkosten geringer gehalten werden konnten.

Bei allen personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für beide Geschlechter. Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr.

Impressum:
Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Klier, Krenn & Partner – Klienten-Info GmbH
Redaktion: 1190 Wien, Döblinger Hauptstraße 56/4.

Richtung: unpolitische, unabhängige Monatschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist.

© www.klienten-info.at
© Konzept & Design: DI(FH) Sylvia Fürst